

# Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de](http://www.buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe Februar 2026

**Hinweis:** Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

**Einladung:** Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: [info@bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de](mailto:info@bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de) (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

## Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Prof. Ralf Lankau: Schüler-ID, Bildungs-TÜV und das falsche Menschenbild**
- **Was bedeutet das neue deutsche Transparenzgesetz?**
- **Krieg im Innern – Sanktionen gegen Einzelpersonen**
- **Roberto De Lapuente: Verfassungsrechtler Dietrich Murswiek: "Die EU ist seit einiger Zeit auf der schiefen Bahn"**
- **zgjf.ch: Wir kehren in die Zeit der Inquisition zurück**
- **Zeit-Fragen: Moloch EU und Strippenzieher Jean Monnet**
- **Zeit-Fragen: Europäische Integration (Teil 1 bis 4)**
- **Daniel Jenny: Wo steht die EU heute?**
- **Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien**
- **Felix Feistel: Wem nützt Mercosur?**
- **'Reporter ohne Grenzen' erklärt Israel zum "schlimmsten Feind von Journalisten"**
- **Karin Leukefeld: Sumud – Standhaftigkeit im Heiligen Land**
- **Karin Leukefeld/Michael Lüders: Was geschieht im Iran?**
- **Thomas Röper: Die ach so friedlichen Proteste im Iran**
- **Multipolar: Wirtschaftsexperten sehen in Aufrüstung keinen Wachstumsmotor**
- **zgjf.ch: Vernunft, Kooperation und gleiches Recht für alle Nationen entscheiden über die Zukunft Europas**
- **Buchempfehlung: Endlich Frieden - 100 Persönlichkeiten zeigen Zivilcourage**

**Wenn ein Land, das nichts hat außer Wissen,  
seine Kinder nicht mehr befähigt, überhaupt zu lernen,  
dann schafft es sich nicht nur wirtschaftlich ab.**

### **Editorial**

Eingangs kritisiert Ralf Lankau die kürzlich von der Bundesregierung eingeführte **Schüler-ID** als einen Weg in die falsche Richtung: weg von einem humanistischen Verständnis des Menschen, hin zu funktionierenden Untertanen. Dazu passt das **deutsche Zensurgesetz**, das von Thomas Röper beschrieben wird. Auch die neuerdings gegen kritische Einzelpersonen verhängten **Sanktionen der EU** gehören in dieses Bild; GFP, Globalbridge und der Verfassungsrechtler Murswiek erläutern und kritisieren diese von der EU ausgeübte Praxis, die in Bezug auf Jacques Baud von zgif.ch (Zeitgeschehen im Fokus) als **Rückkehr in die Zeit der Inquisition** bezeichnet wird.

Es lohnt sich deshalb, sich die **Entstehungsgeschichte und den heutigen Stand der EU** noch einmal vor Augen zu führen. Mehrere Zeit-Fragen-Artikel haben sich ausführlich mit dieser Geschichte befasst, und Daniel Jenny beleuchtet den heutigen inneren Stand der EU. Ihre Aktivitäten nach außen sind zur Zeit auch von den **Freihandelsabkommen** mit Indien und mit Südamerika geprägt, beides mit mindestens fragwürdigen Vorteilen für die Bürger der EU.

Die Unterdrückung der Meinungsfreiheit wird laut 'Reporter ohne Grenzen' vor allem in Israel massiv praktiziert. Karin Leukefeld beleuchtet die **Unterdrückung von christlichen und muslimischen Palästinensern** und lässt einen evangelischen Pfarrer aus Ramallah zu Wort kommen, der daran erinnert, dass auch Christus unter tyrannischen Verhältnissen gelebt hat und dass Gott auf der Seite der Unterdrückten steht. Karin Leukefeld, Michael Lüders und Thomas Röper beleuchten auch die jüngsten **Ereignisse im Iran**, wo die massive Gewalt sowohl vom Regime als auch von Demonstranten ausging.

Wer von der massiv angekurbelten Rüstungsproduktion einen Wachstumsmotor erwartet, wird laut Multipolar von der EZB eines "Besseren" belehrt. **Rüstungsproduktion ist** – wirtschaftlich betrachtet – vielmehr unsinnige **Ressourcenverschwendung**. Da ist es doch sinnvoller, endlich die Waffen schweigen zu lassen, schlägt eine prominente Arbeitsgruppe für den Ukrainekrieg einen **Friedensplan** vor. Abschließend verweisen wir auf ein Buch, in dem 100 Persönlichkeiten darstellen, dass Frieden täglich mit **Zivilcourage** entwickelt und geschützt werden muss.

[Inhalt](#) ⬆

## • Prof. Ralf Lankau: Schüler-ID, Bildungs-TÜV und das falsche Menschenbild

Die Bundesregierung hat den Digitalpakt Schule 2.0 verabschiedet. Seine Ziele sind im Koalitionsvertrag festgelegt, nämlich: Eine datengestützte Schulentwicklung, basierend auf einer Schüler-ID (Identifikationsnummer) mit dem Ziel des autonomen Unterrichts. Die verpflichtende Schüler-ID soll sicherstellen, dass "wir alles über den Lernweg eines Kindes wissen", um es besser fördern zu können. Zwecks Chancengleichheit soll jedes Kind mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden.

Für Prof. Dr. Ralf Lankau ist diese Entwicklung [kein pädagogischer Fortschritt, sondern ein grundlegender Irrweg](#). Er kritisiert die Schüler-ID als Ausdruck eines falschen pädagogischen Konzepts und eines neoliberalen Menschenbildes, das Kinder nicht als sich bildende Subjekte, sondern als zu vermessendes Humankapital betrachtet. Statt Bildung drohe Zurichtung, statt Förderung Totaldiagnostik, statt Mündigkeit ein Bildungs-TÜV. Lankau warnt, dass mit dem Lernen am Bildschirm die Basis für erfolgreiches Lernen, nämlich soziale und emotionale Beziehung, verloren gehe. Mit diesem Weg sollen Bildungsbiografien und Persönlichkeitsentwicklung vollständig messbar, vergleichbar und steuerbar gemacht werden. Das der "Digitalen Bildung" zugrunde liegende Konzept nehme den Menschen als lernende Maschine wahr, dessen Wert sich nach seiner ökonomischen Nützlichkeit und Verwertbarkeit bemesse. Dabei würden jene Bereiche der Bildung marginalisiert, "die Orientierung, Kritikfähigkeit und Empathie fördern, die für ein Leben und Arbeiten in Gemeinschaft notwendig sind". Lankau erinnert daran, dass dies dem humanistischen Verständnis des Menschen widerspricht, nach dem jeder Mensch sein eigener Zweck als Person und Persönlichkeit darstellt sowie nicht verzweckt, benutzt und missbraucht werden darf. Zur Dehumanisierung gehört nach Lankau auch, dass Lernprozesse aufwands- und ergebnisoptimiert und nicht dahingehend angelegt werden, das Verstehen von Prozessen und Zusammenhängen zu vertiefen. So würden keine mündigen Bürger, sondern funktionierende Untertanen mit schwachen emotionalen und sozialen Kompetenzen produziert. Lankau tritt dafür ein, dass die Schüler-ID gestoppt wird und keine Verknüpfung mit der Bürger-ID erfolgt, sowie bildschirmfreie Räume für Kinder eingerichtet werden. Denn: "Man muss Systeme nicht nutzen, wenn sie uns mehr schaden als nutzen."

*[Ralf Lankau, Jg. 1961](#), ist Grafiker, Philologe und Kunstpädagoge. Er ist seit 2002 Professor für Mediengestaltung und Medientheorie an der Hochschule Offenburg. Er leitet die [grafik.werkstatt](#), forscht zu Experimenteller Medienproduktion in Kunst, Lehre und Wissenschaft und publiziert zu Design, Kommunikationswissenschaft und (Medien-)Pädagogik. (Red.)*

*[diagnose:funk](#) ist eine unabhängige Umwelt- und Verbraucher-Organisation, die sich seit 2009 vor allem für den Schutz vor elektromagnetischen Feldern und eine sinnvolle, gesundheitsverträgliche Telekommunikation einsetzt. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

## • Was bedeutet das neue deutsche Transparenzgesetz?

Im Oktober hat die EU die Verordnung über die "[Transparenz und das Targeting politischer Werbung](#)" in Kraft gesetzt, die laut der EU "andere EU-Initiativen zum Schutz unserer Demokratie und zur Förderung freier und fairer Wahlen" ergänzen soll. Deutschland muss so eine EU-Verordnung in deutsches Recht umsetzen, was die Bundesregierung mit dem [Politische-Werbung-Transparenz-Gesetz](#) tun will.

Thomas Röper legt dar, dass laut dem geplanten deutschen Gesetz die Aufsichtsbehörden jederzeit und ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl bei Redaktionen auftauchen und Einsicht in so ziemlich alles nehmen dürfen, wenn von den anordnenden Behörden Gefahr im Verzug (die nicht definiert wird) angenommen wird. Die Beamten dürfen sogar "Gegenstände, die als Beweismittel für die Ermittlung von Bedeutung sein können, beschlagnahmen". Dabei werde

eingräumt, dass das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung eingeschränkt wird. Laut Röper wird [hiermit "totale Willkür eingeführt, die noch dazu kaum mit dem Grundgesetz vereinbar ist"](#). Ist der Betroffene mit dem, was im verpflichtenden Protokoll festgehalten wird, nicht einverstanden, muss er dagegen klagen, was er in der Regel nicht bezahlen kann, zumal ihm möglicherweise seine Arbeitsmittel beschlagnahmt wurden und der Staat beschlagnahmtes oder eingefrorenes Vermögen nicht in ausreichender Höhe freigeben wird. Röper: "Und ganz nebenbei landet der Quellschutz damit natürlich auch auf dem Müllhaufen der Geschichte. [...] In Kombination sind das neue Gesetz und die Sanktionen der EU das ultimative Mittel, um kritische Stimmen auszuschalten, die zwar gegen kein Gesetz verstoßen haben, aber deren Meinung und Berichterstattung der Bundesregierung nicht gefällt."

Helene und Ansgar Klein rufen dazu auf, sich über die von ihnen entworfenen [Petition für eine Rücknahme der EU-Sanktionen gegen die Journalisten](#) Thomas Röper, Alina Lipp und Hüseyin Doğru und damit für die Meinungsfreiheit einzusetzen.

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite [www.anti-spiegel.ru](http://www.anti-spiegel.ru), wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Helene & Ansgar Klein](#), beide Jg. 1937, sind ehemalige Oberstudienräte, engagierten sich 10 Jahre in der SPD, 30 Jahre bei den Grünen und sind seit 2013 parteilos. Seit 35 Jahren leisten sie Friedensarbeit und sind seit fast 55 Jahren verheiratet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

## ● Der Krieg im Innern – Sanktionen gegen Einzelpersonen

Zum ersten Mal entziehen EU-Sanktionen einem kritischen Journalisten in Deutschland jede Möglichkeit, sich sowie seine Familie mit Nahrung zu versorgen. Der deutsche Journalist Hüseyin Doğru, der schon seit Mai 2025 [aufgrund von EU-Sanktionen Geld weder verdienen noch ausgeben darf](#), erhält seit kurzem von seiner Bank nicht einmal mehr die humanitäre Ausnahmesumme, die er benötigt, um für sich sowie für seine Familie Nahrungsmittel zu kaufen. Die EU hat Sanktionen gegen ihn verhängt, weil er propalästinensische Positionen vertritt. Gleichartige Maßnahmen hat sie auch gegen den Schweizer Publizisten Jacques Baud ergriffen, der für Positionen bekannt ist, die bezüglich des Ukraine-Kriegs denjenigen der EU widersprechen. Aus dem Auswärtigen Amt heißt es zustimmend, derlei Sanktionen würden "auch weiterhin" verhängt. Damit versetzt sich Brüssel in die Lage, kritische Medien flächendeckend auszuschalten, faktisch ohne gerichtliche Kontrolle. Zugleich sorgen US-Maßnahmen dafür, dass missliebige Organisationen die Bankkonten verlieren und damit außerstande gesetzt werden, kritische Aktivitäten weiterzuführen. Eine Ausschaltung der Opposition wird möglich.

Die persönliche Lage des ebenfalls sanktionierten Hüseyin Doğru und seiner Familie wird nun dadurch verschärft, dass der Bundestag jetzt die Repressionen gegen Unterstützer verschärft: [Wer Doğru hilft, dem drohen fünf bis zehn Jahre Haft](#). Der Vermieter muss der Familie die Wohnung kündigen. Einen Anwalt zu nehmen, ist dem Journalisten nicht mehr erlaubt. Hüseyin Doğru [ruft die Bürger auf, sich zu interessieren, zu organisieren, sich öffentlich zu äußern](#) und zu informieren. Nur über gemeinsames Handeln sei die derzeitige Tendenz zu stoppen. (Video, 57m48)

[GFP, German-Foreign-Policy](#), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Globalbridge](#) ist eine von Christian Müller initiierte Webseite. Müller, Jg. 1944, studierte Geschichte, Staatsrecht und Betriebswirtschaft; seit 2010 unabhängiger Journalist und Redakteur bei infosperber.ch bis 5.03.2022. Müller setzt sich dafür ein, dass Demokratie auch in internationalen Gremien Standard wird. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Roberto De Lapuente: **Verfassungsrechtler Dietrich Murswiek: “Die EU ist seit einiger Zeit auf der schiefen Bahn”**

Der Verfassungsrechtler Dietrich Murswiek versucht im Interview die EU-Sanktionen gegen Einzelpersonen wegen Desinformation verfassungsrechtlich einzuordnen. Zunächst stellt Murswiek fest, dass die Sanktionen “nicht von einem Gericht, sondern von einem politischen Exekutivorgan, dem Rat der EU, ausgesprochen” werden. Die Behauptung der EU, es handle sich bei den Individualsanktionen um Präventivmaßnahmen, sei nicht haltbar. [Vielmehr handle es sich um falsch deklarierte Strafsanktionen](#), um so “die rechtsstaatlichen Anforderungen an eine Bestrafung zu umgehen“. Außerdem dürfte die Tatsache, dass die EU keine Kompetenz für das Strafrecht habe, ein Grund sein, die Individualsanktionen als Präventivmaßnahmen zu bezeichnen. Zudem sei eine Einschränkung der Meinungsfreiheit nur zulässig, wenn sie dem Schutz von Rechtsgütern (Persönlichkeitsrecht, körperliche Unversehrtheit usw.) diene. “Sie dürfen nicht wegen des Inhalts – also insbesondere wegen der politischen Richtung – einer Meinungsäußerung erfolgen und müssen in jedem Fall verhältnismäßig sein.“ Auch wenn Meinungen die Arbeit der Regierung erschweren, rechtfertige dies keine Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Laut Murswiek ist die “Bekämpfung von Desinformation in Mode gekommen“. Aber “Desinformation in einem juristisch präzisen Sinne können nur bewusste und gewollte Falschbehauptungen sein. Es ist legitim, wenn Staaten sich gegen so etwas wehren. Desinformation durch einzelne Akteure bekämpft man am besten, indem man ihr die Wahrheit entgegenstellt. [...] Individualsanktionen dürfen meines Erachtens aber nur gegen Menschen verhängt werden, die sich nachweislich in den Dienst einer solchen Kampagne gestellt haben, also für ihre Mitwirkung bezahlt werden oder sich bewusst in eine solche Kampagne organisatorisch einordnen.“ Murswiek weist auch darauf hin, dass sich die EU nicht gegen die Propaganda prominenter Politiker wehre, weil bei einer dann folgenden Solidarisierungswelle offensichtlich würde, dass die EU den Boden der Demokratie verlassen habe. Hinsichtlich der Rechtsmittel gegen EU-Individualsanktionen weist Murswiek auf die Möglichkeit hin, “eine Überprüfung seiner Listung durch den Rat herbeizuführen. Bleibt diese erfolglos, kann er beim Gericht der EU Klage erheben. Gegebenenfalls ist danach noch Berufung beim Europäischen Gerichtshof möglich.“ Bisher gebe es diesbezüglich wohl noch kein Urteil.

[Roberto J. de Lapuente](#), 1978 geboren, ist gelernter Industriemechaniker und betrieb von 2008 bis 2016 das Blog “ad sinistram“. Er ist Mitherausgeber des Weblogs “Neulandrebelln“ und seit 2012 regelmäßiger Kolumnist beim ‘Neuen Deutschland‘. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- zgif.ch: **Wir kehren in die Zeit der Inquisition zurück**

Befragt zu den Sanktionen der EU gegen den Schweizer Jacques Baud erklärt der Völkerrechtler Alfred de Zayas: “[Meinungsfreiheit und Informationsfreiheit sind für eine funktionierende Demokratie absolut notwendig](#). Darum muss jede demokratische Regierung die freie Forschung und Whistleblower fördern, nicht bekämpfen, denn Menschen wie Edward Snowden und Julian Assange sind für jedes Land eine Notwendigkeit. Auch eine freie Presse- und Medienlandschaft mit einer Vielfalt an Informationen und Interpretationen ist unerlässlich.“ Seit Inkrafttreten des UN-



Pakts über bürgerliche und politische Rechte am 23.03.1976 ist auch das Recht auf freie Meinungsäußerung verbindlich. Regierungen dürfen die Meinungsfreiheit nur in ganz bestimmten und sehr begrenzten Situationen einschränken. Laut Art. 19 des Pakts gilt:

“(1) Jedermann hat das Recht auf unbehinderte Meinungsfreiheit.

(2) Jedermann hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen Informationen und Gedankengut jeder Art in Wort, Schrift oder Druck, durch Kunstwerke oder andere Mittel eigener Wahl sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben.

(3) Die Ausübung der in Absatz 2 vorgesehenen Rechte ist mit besonderen Pflichten und einer besonderen Verantwortung verbunden. Sie kann daher bestimmten, gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die erforderlich sind

a) für die Achtung der Rechte oder des Rufs anderer;

b) für den Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung (ordre public), der Volksgesundheit oder der öffentlichen Sittlichkeit.“

*[Zeitgeschehen im Fokus](#) (zgif.ch) plädiert für die Rechtsstaatlichkeit und die direkte Demokratie der Schweiz, die Gleichwertigkeit der Menschen und die Unbedingtheit einer friedlichen Konfliktlösung, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte definiert werden. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

#### • Zeit-Fragen: **Moloch EU und Strippenzieher Jean Monnet**

Um den Hintergrund der heutigen Situation der EU ins Gedächtnis zurückzurufen, könnte es sinnvoll sein, sich ihre tatsächliche Geschichte zu vergegenwärtigen. Hinter dem Gesicht, die EU stehe für Frieden und Wohlstand, gibt es noch eines, das aber niemand sehen soll: es ist die hintergründige Geschichte der EU, die in den vierziger Jahren in den USA geplant, nach 1945 in [Europa von dem Wallstreet-Banker Jean Monnet ins Werk gesetzt](#) wurde und damit die europäischen Staaten um ihre Souveränität brachte. Jean Monnet verstand es sehr gut, während seines Werdegangs bei Banken und Politik Einflussnetze zu knüpfen. Aufgrund seiner Erfahrung als Waffenhändler im Ersten Weltkrieg konnte er Frankreich und Großbritannien während des Zweiten Weltkriegs bei ihren Waffenkäufen helfen. 1940 lancierte 'Chatham House' die Idee einer engen britisch-französischen Union, bei deren Realisierung Monnet eine Schlüsselrolle spielte. Er argumentierte, Hitler könnte Frankreich und Großbritannien auseinanderdividieren, daher müsse die Verbindung unauflöslich sein. Dieser Union stünde dann die unbegrenzte Produktion der USA zur Verfügung.

Charles de Gaulle, der den Waffenstillstand Frankreichs mit Nazi-Deutschland und das Vichy-Regime ablehnte und ins Exil ging, um dort den Widerstand zu organisieren, traf Monnet 1940 in London. Da [Monnet als Sondergesandter des US-Präsidenten Roosevelt](#) die Wiederherstellung von Frankreichs Souveränität ablehnte, lieferte er Argumente, um de Gaulle zu desavouieren. Monnet boykottierte anfangs das nationale Befreiungskomitee von de Gaulle, versuchte diesen in einem größeren Komitee kaltzustellen, auf das Eisenhower und Roosevelt Einfluss zu nehmen versuchten. 1943 wurde von der Hochfinanz und den US-Kartellen die Gründung einer europäischen Transportgemeinschaft sowie eine europäische Währungsunion vorgeschlagen, die über den Staaten stehen sollte. Monnet entwickelte daraus seinen Vorschlag zur Gründung einer Wirtschaftsunion. Europa sollte sich eng an Amerika und England anlehnen. Europa könne "zu einem Staat werden, der Frieden und Glück bringt". Die Initiative solle von Frankreich ausgehen. Nachdem de Gaulle die strategischen Überlegungen Roosevelts für die Welt nach dem Zweiten Weltkrieg dargestellt bekommen hatte und erkannte, dass Europa von den USA dominiert werden

sollte, zog er den Schluss, dass Frankreich nur auf sich selbst zählen könne, wenn es wieder seinen Platz unter den Nationen erlangen wolle.

*[Zeit-Fragen](#), eine genossenschaftlich organisierte, weltanschaulich, politisch und finanziell unabhängige Zeitung, erscheint 14-tätig, auch in englischer, französischer und seltener italienischer Sprache. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Zeit-Fragen: **Europäische Integration (Teil 1 bis 4)**

Zeit-Fragen hat im Jahre 2012 eine 4-teilige Artikel-Serie zur europäischen Integration herausbracht, die wir hier erneut allen Lesern empfehlen, die sich in diese wichtigen Vorgänge vertiefen wollen. Die US-Außenpolitik und mit ihr Jean Monnet haben in jenen Jahren in Europa die Weichen gestellt für den weiteren Verlauf der europäischen Integration und Europa ganz allgemein.

Im ersten Teil unter dem Titel "[Die Methode Monnet als Schlüssel zum Verständnis der Euro-Krise](#)" geht es um die Person Jean Monnet und seine Bedeutung für die Europäische Integration. Der viel beschworene Geist "Monnet" hat Europa in einen veritablen Schlamassel gebracht und droht nun im globalen Wettbewerb ins Hintertreffen zu geraten.

Der zweite Teil dieser Artikelfolge mit dem Titel "[Das 'europäische Orchester' wieder zum Klingen bringen](#)" handelt von der Gegenbewegung, die sich die europäische Integration anders vorstellte – nicht als Bundesstaat mit supranationalen Institutionen, sondern mehr als freiheitlichen Zusammenschluss souveräner Nationen, die das "europäische Orchester" wieder zum Klingen bringt. Dieser Gedanke fand in der Gründung der EFTA (European Free Trade Association) im Jahr 1960 seinen politischen Niederschlag.

Der dritte Teil dieser Artikelfolge mit dem Titel "[Die 'Methode Schaffner' als ein Schlüssel zum Verständnis des Erfolgs der Schweiz](#)" schildert den weiteren Verlauf und das Ringen darum, welches Konzept sich in Europa durchsetzt. Dabei fehlte es nicht an Eklats verschiedenster Art. Kaum war der EFTA-Vertrag unterzeichnet, als Großbritannien zur EWG hinüber wechseln wollte. Heute zeigen die Dokumente, dass die US-Regierung im Hintergrund die Fäden zog. Als einer der wenigen stellte sich der französische Präsident Charles de Gaulle den US-amerikanischen Plänen entgegen.

Der vierte Teil dieser Artikelfolge mit dem Titel "[Kleine Staatskundelection für Europa aus Schweizer Sicht](#)" geht es um die staatspolitischen Grundsätze der beiden Konzepte EWG/EU und EFTA, von denen das erste eher zentralistisch und das zweite freiheitlich ausgerichtet ist. Der Schweizer Minister Albert Weitnauer erkannte, dass das Zusammenspiel der europäischen Länder am besten klingt, wenn diese sich als eigenständige und souveräne Nationalstaaten einbringen. Für de Gaulle war dies das "Europa der Vaterländer", für Weitnauer und Schaffner war es die EFTA.

*[Zeit-Fragen](#), eine genossenschaftlich organisierte, weltanschaulich, politisch und finanziell unabhängige Zeitung, erscheint 14-tätig, auch in englischer, französischer und seltener italienischer Sprache. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Daniel Jenny: **Wo steht die EU heute?**

Angeichts des Widerspruchs zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und der zentralistischen Entwicklung der EU ist Daniel Jenny, ein Streiter für die Neutralität Österreichs, der Frage nachgegangen, wie es zu der heutigen EU gekommen ist.

Die der EU zugrunde liegende EWG ist aus der 1948 gegründeten OEEC, der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, entstanden, zu der auch die USA und Kanada gehörten. Das Programm der OEEC verstand sich als Hilfe zur Selbsthilfe und war an Bedingungen geknüpft, wie den Abbau von Handelshemmnissen, die Stabilisierung der eigenen Währung oder die zwischenstaatliche Kooperation. In dieser OEEC gab es zwei Kräfte: einerseits die Europäer, die ohne Störung von außen ihr zerstörtes Gemeinwesen wieder aufbauen wollten, und andererseits die US-amerikanischen Gewinner des Krieges, die ihre Führerschaft nicht aus der Hand geben wollten. Die USA wollten nicht, dass eine gemeinsame Freihandelszone ohne das Ziel "Vereinigte Staaten von Europa" entsteht.

Dieses Ziel war das Anliegen von Jean Monnet, dem sich aber nicht alle Staaten Europas anschließen wollten. Länder, die eine gleichberechtigte, freiheitliche Zusammenarbeit zwischen souveränen Staaten, wie sie im Rahmen der OEEC eigentlich begonnen hatte, bevorzugten, machten bei der von Monnet über die Montanunion initiierten EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) nicht mit und gründeten die EFTA (Europäische Freihandelsassoziation). Kaum war die EFTA gegründet, wurde deren Mitglied Großbritannien von den USA "ermuntert" der EWG beizutreten, da [Washington wollte, dass alle NATO-Mitgliedstaaten der EWG beitreten](#). Das betraf dann auch Dänemark, Norwegen und Portugal. So ergab sich die paradoxe Situation, dass die EFTA, noch kaum gegründet, bereits wieder aufgelöst werden sollte – und zwar nach den "Regieanweisungen" der USA. Doch dem Beitritt der Briten in die EWG widersetzte sich Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle, der die europäischen Nationalstaaten bewahren und kräftigen wollte, aber auch die Partnerschaft zu den USA für notwendig hielt. Nach diesem Veto von de Gaulle nahmen die sieben EFTA-Länder ihren ursprünglichen Plan wieder auf, eine große Freihandelszone zu schaffen, die sowohl die Länder der EWG wie auch der EFTA als gleichberechtigte Teilnehmer umfasste. Nach Jenny zeigt nun auch das BRICS-Bündnis, "dass gedeihliche Entwicklung nur unter Respekt der Souveränität der beteiligten Länder möglich ist".

Mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) und den später folgenden Vertragswerken trat die EWG 1986 in den Dienst der US-amerikanischen und europäischen Großkonzerne. Der freie Verkehr von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Personen ist die oberste, den nationalen Verfassungen übergestülpte Maxime. Die stetig anwachsende diesbezügliche EU-Gesetzgebung ist nicht demokratisch legitimiert. EU-Gesetzgeber ist die nicht gewählte, von über 10'000 Lobbyisten beeinflusste Exekutive. Mit der Einführung des Euro verzichteten die EU-Staaten laut Karl Albrecht Schachtschneider auf eine eigene Finanzhoheit und damit auf einen wesentlichen Teil ihrer Souveränität. Mit dem Vertrag von Lissabon wird nach Jenny die Selbstbestimmung der verfassten Nation, wie sie seit der Französischen Revolution und in der UN-Charta definiert ist, Schritt für Schritt abgebaut. Die EU ist heute eine politische Union, in der die Strukturen der Mitgliedsländer so angepasst werden, dass sie zentral gelenkt werden können.

*[Daniel Jenny](#) ist Bundesobmann des Bündnisses "Neutrales Freies Österreich", die sich stark für die Beibehaltung der österreichischen Neutralität einsetzt und sich gegen EU-Vorgaben wie Sanktionen richtet. (Red.)*

[Inhalt ↑](#)

## ● Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien

Am 27.01.2026 wurde in Neu-Delhi ein [Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien unterzeichnet](#). Laut der EU könnte insbesondere die deutsche Automobilindustrie von dem Abkommen profitieren, da Indien seine Zölle auf Fahrzeugimporte aus der EU von bisher max. 110% schrittweise auf 10% für mindestens 250'000 Fahrzeuge pro Jahr senken wird, während Zölle für Autoteile nach 5-10 Jahren vollständig abgeschafft werden sollen. Zudem wird Indien eine Obergrenze von 200'000 Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor pro Jahr festlegen und den niedrigeren Zollsatz nur auf Fahrzeuge mit einem Preis über 17'739 US-Dollar anwenden. In den



kommenden Jahren soll der Zoll weiter gesenkt werden. Die EU möchte ihren Anteil an Autoverkäufen in Indien von derzeit 4,4 Millionen pro Jahr erhöhen. Derzeit beträgt ihr Marktanteil lediglich 4%. Laut EU würden ebenfalls Zölle von bis zu 44% auf Maschinen, 22% auf Chemikalien und 11% auf Arzneimittel weitgehend abgeschafft werden. Es soll jedoch noch einige Zeit dauern, bis das Abkommen endgültig unterzeichnet werden kann. Der Text muss zunächst rechtlich geprüft und anschließend in alle Amtssprachen der EU übersetzt werden. Anschließend muss er von den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament genehmigt werden.

Das am 27.01.2026 unterzeichnete Freihandelsabkommen der EU mit Indien [soll beiden Seiten Ersatz für zollbedingte Verluste im US-Geschäft bieten](#) und ihre Abhängigkeit von den USA reduzieren. Wie Berechnungen des 'Kiel Institut für Weltwirtschaft' (IfW) zeigen, wird das Abkommen die durch US-Zölle entstehenden Einbußen nur zum Teil ausgleichen können. Berliner Regierungsberater begleiten die Bemühungen, wirtschaftlich größere Unabhängigkeit von den USA zu erkämpfen, mit grundsätzlichen strategischen Überlegungen. So urteilt die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), es gelte ganz allgemein "die Abhängigkeit von den USA deutlich zu verringern". Andernfalls komme man in eine Lage, in dem man sich den USA dauerhaft unterordnen müsse – unter miserablen Bedingungen wie mit dem Zollabkommen vom Sommer 2025.

*Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt 'Neue Seidenstraße' die einzigartige Chance, die Welt aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)*

*[GFP](#), [German-Foreign-Policy](#), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

#### ● Felix Feistel: **Wem nützt Mercosur?**

"Mercosur" ist eine seit über 30 Jahren bestehende südamerikanische Freihandelszone zwischen den Ländern Brasilien, Argentinien, Bolivien, Paraguay und Uruguay. Das nun mit der EU beschlossene Mercosur-Abkommen besteht aus einem Handels- und einem Partnerschaftsabkommen mit diesen Ländern. [Das Handelsabkommen ist dabei der wichtigere Teil und tritt auch ohne Ratifizierung aller EU-Mitgliedsstaaten in Kraft](#). Noch im Dezember waren die Verhandlungen im EU-Parlament verschoben worden, aufgrund heftiger Proteste von Landwirten. U.a. Frankreich hatte angesichts dieser Proteste Zweifel am Abkommen geäußert. Premierminister Sébastien Lecornu versuchte, die französischen Bauern durch finanzielle Zusagen zu besänftigen. Die Zustimmung Italiens musste ebenfalls durch die EU-Zusage höherer Zuschüsse erkaufte werden. Brasiliens Präsident Lula hatte der EU im Dezember mit einem Rückzug von den Verhandlungen gedroht, sollte das Abkommen nicht bald unterzeichnet werden. Dennoch verabschiedete das EU-Parlament am 21.01.2026 eine Resolution, die fordert, das Abkommen dem Europäischen Gerichtshof zur Überprüfung vorzulegen. Dieser soll in einem Gutachten u.a. klären, ob die Beschlüsse mit den Verträgen der EU und ihrem Recht vereinbar sind. U.a. geht es dabei um die drastische Reduzierung der Zölle für den beabsichtigten jährlichen Import von 100'000 Tonnen Rindfleisch und 180'000 Tonnen Geflügel. Dabei würden vor allem drei große Fleischkonzerne, aber auch die großen Chemiekonzerne mit ihren Pestiziden, der Maschinen- und Anlagenbau sowie die 'European Business Association' profitieren. Laut Felix Feistel wurde das Mercosur-Abkommen von diesen Profiteuren lobbyiert. Der ehemalige Vorsitzende der brasilianischen Entwicklungsbank, ebenso wie südamerikanische Sozialverbände kritisieren, das Abkommen

festige neoliberale und neokoloniale Strukturen und halte die südamerikanischen Bauern und Arbeiter in Armut.

*[Felix Feistel](#), Jahrgang 1992, studierte Völker- und Europarecht arbeitet als freier Journalist und Autor und als Traumatherapeut. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

#### ● ‘Reporter ohne Grenzen’ erklärt Israel zum “schlimmsten Feind von Journalisten“

‘Reporter ohne Grenzen’ (RSF) hat die israelische Armee in ihrem vor kurzem veröffentlichten Jahresbericht als “den schlimmsten Feind von Journalisten“ bezeichnet. Fast die Hälfte aller weltweit registrierten Journalistenmorde sei an Reportern in Gaza verübt wurden. Seit dem 7. Oktober 2023 wurden in Gaza mehr als 250 Journalisten und Medienmitarbeiter von israelischen Streitkräften getötet. [Israel sei außerdem “eines der weltweit größten Gefängnisse für Journalisten“](#). Die dabei angewandte Verwaltungshaft ermöglicht eine unbefristete Inhaftierung ohne Anklage oder Gerichtsverfahren, oft auf der Grundlage geheim gehaltener Vorwürfe.

[Deutsche Journalisten kritisieren die Einschüchterung durch Israel](#) bei der Berichterstattung über Palästina, wobei besonders die ARD-Korrespondentin Sophie von der Tann Ziel einer Verleumdungskampagne wurde. Sophie von der Tann wurde für ihre kritische Berichterstattung vom israelischen Botschafter in Deutschland angegriffen, als ihr der Hanns-Joachim-Friedrich-Preis verliehen wurde. Viele Journalisten und der deutsche Botschafter verteidigten sie. Laut BIP (Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern e.V.) unterwirft Israel alle Medien einer Militärzensur. Diese Einschüchterung zeige Wirkung, da deutsche Korrespondenten sich unter Druck gesetzt fühlen, Selbstzensur zu üben. BIP betont erneut, dass Israel palästinensische Journalisten in ungeahnter Anzahl getötet hat und internationalen Journalisten den Zugang nach Gaza verwehrt.

[Palästinakomitee Stuttgart e.V. solidarisiert sich mit Palästina, seiner Bevölkerung und den palästinensischen Flüchtlingen.](#) Der Verein Palästinakomitee Stuttgart e.V. engagiert sich vor allem in der Aufklärungsarbeit über die Ursachen und Hintergründe des Israel-Palästinakonflikts. Der Verein wendet sich gegen jegliche Form des Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie. Der Verein setzt sich ein für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und die Verwirklichung der Menschenrechte. (Red.)

*‘[Reporter ohne Grenzen](#)’ ist die deutsche Sektion der internationalen Organisation ‘[Reporters sans frontières](#)’ (RSF) in Paris. RSF setzt “sich für die Freiheit, den Pluralismus und die Unabhängigkeit des Journalismus ein und verteidigen Sie diejenigen, die diese Ideale verkörpern“.* (Red.)

Das [Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern BIP e. V.](#) möchte, dass sich die deutsche Politik ohne Ausnahme zur Einhaltung von Menschenrechten positioniert, auch wenn es um die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete sowie die Blockade von Gaza geht und dies gerade deswegen tut, weil sich Deutschland als Freund Israels versteht. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

#### ● Karin Leukefeld: **Sumud – Standhaftigkeit im Heiligen Land**

In ihrer historischen Einordnung des gegenwärtigen Völkermords an den Palästinensern schreibt Karin Leukefeld: “In mehr als 100 Jahren Krieg gegen Palästina ist der Krieg dieser ‘Auserwählten’ [[d.h. der Zionisten]] immer blutiger und brutaler geworden und hat sich über die palästinensischen Gebiete hinaus auf den Libanon, Syrien, auf Irak, Iran und Jemen ausgeweitet. Der jüngste Gaza-Krieg mündete in einen Rachefeldzug gegen ein wehrloses Volk, dessen

Lebensgrundlagen zerstört wurden. Das internationale Recht spricht von Kriegsverbrechen und einem Völkermord, der vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, einer UN-Einrichtung, untersucht wird.“ Angesichts des christlichen Weihnachtsfestes betont Leukefeld: “Doch ob für Christen oder Muslime, so wenig wie in Gaza, gibt es in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten in Ostjerusalem und im Westjordanland Sicherheit für die Menschen. Weder in Gaza, nicht im Westjordanland, nicht im Libanon und auch nicht in Syrien werden die von Israel getöteten Menschen nach Religionen unterschieden.“ Alle Palästinenser “sind mit der gleichen Aggression und den Angriffen konfrontiert. Weil wir Palästinenser sind, nicht weil wir Christen oder Muslime sind“. Und Israel bekunde: Israel werde niemals die Truppen aus dem Gaza-Streifen abziehen, sondern “es wird im Gaza-Streifen eine beträchtliche Sicherheitszone“ geben. Dies erfolgt unter Missachtung der Erklärung des Internationalen UN-Gerichtshofs, der laut Leukefeld erklärt hat, “die israelische Besatzung in den palästinensischen Gebieten sei illegal und müsse so schnell es geht beendet werden. Der Siedlungsbau müsse eingestellt werden, die Besatzungsmacht müsse das besetzte Gebiet verlassen.“

Leukefeld zitiert den evangelischen Pfarrer Munther Isaac aus Ramallah, der am Heiligen Abend sagte: [Jesus “wurde unter militärischer Besatzung geboren](#), in eine Familie, die durch einen kaiserlichen Erlass vertrieben worden war, in einer Region, die unter dem Schatten der Gewalt lebte. Die heilige Familie war gezwungen, als Flüchtlinge zu fliehen, weil die Kinder von Bethlehem laut der Erzählung im Evangelium von einem furchterregenden Tyrannen massakriert wurden, der entschlossen war, seine Herrschaft zu erhalten. Kommt Ihnen das bekannt vor?“ Der Pfarrer werfe den Menschen im Westen vor, Weihnachten zu feiern, ohne sich um die Christen in Bethlehem zu kümmern. Und schlimmer noch: “Viele vertreten theologische und politische Ansichten, die unsere Präsenz völlig ausblenden oder ablehnen, um Israel, das Imperium von heute, zu unterstützen.“ In den letzten zwei Jahren habe man Weihnachten nicht feiern können, weil sich in Gaza ein Völkermord ereignet habe. Dass in diesem Jahr wieder gefeiert werde, bedeute nicht, dass der Krieg, der Völkermord oder die Apartheid-Strukturen ein Ende gefunden hätten. Menschen würden weiter getötet und belagert. Die Weihnachtsfeiern seien ein Akt der Standhaftigkeit, arabisch “Sumud“. Man sei da und werde bleiben. Isaac: “Sich an Bethlehem zu erinnern, bedeutet sich daran zu erinnern, dass Gott an der Seite der Unterdrückten steht – und diejenigen, die Jesus folgen, sind aufgerufen, dasselbe zu tun.“

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Karin Leukefeld/Michael Lüders: **Was geschieht im Iran?**

Für Karin Leukefeld scheint im Iran ein bekanntes “Spiel“ abzulaufen: Sanktionen von westlicher Seite verschlechtern die wirtschaftliche Situation in einem Land. Sobald das erste Ziel erreicht ist und Unruhen in der Bevölkerung tatsächlich ausbrechen, werden die „Aufständischen“ von außen unterstützt und angetrieben – zum nächsten Ziel, dem Sturz der Regierung. Klar ist für Leukefeld, dass westliche Geheimdienste aus Israel, Großbritannien und den USA im Iran schon lange am Werkeln sind. Leukefeld beklagt, dass die Leitmedien im deutschsprachigen Raum sich als Sprachrohr bestimmter Interessen gerieren. Medien in anderen Teilen der Welt nutzen mehr vorhandene Quellen. Die deutschen Medien würden mit ihrer Art der Berichterstattung den Pressekodex verletzen, indem sie insbesondere die Frage, woher die Information kommt nicht beachten. Damit gerate bei der gegenwärtigen hochkomplexen Entwicklung, die Hintergrundwissen erfordere, die Berichterstattung immer mehr zur Werbung. Das werde durch “Faktenchecker“ und “privilegierte“ Journalismus noch perfektioniert.

Nach einem kurzen historischen Ausflug in die Zeit ab 1945 wendet sich Leukefeld der aktuellen Entwicklung zu. Die jüngsten Unruhen haben am 28.12.2025 begonnen, nachdem die iranische Währung schnell 30% ihres Wertes verlor und die Regierung nicht mehr genügend Subventionen bereitstellen konnte. Den Protesten schlossen sich einfache Demonstranten an, die unter der durch langjährige US-Sanktion verursachten wirtschaftlichen Lage litten. [Diese Proteste wurden nach Leukefeld von den Geheimdiensten zu einem Aufstand gelenkt.](#) Dazu wurde in europäischen Denkfabriken und Medien, kurz nach der Entführung des venezolanischen Regierungschefs, von einem "kurz bevorstehenden" "Sturz des Regimes" gesprochen. Die Demonstranten wurden aufgefordert, iranische Verwaltungsgebäude einzunehmen, kurz darauf brannten Regierungsstellen und Banken. Aus dem Nordirak drangen bewaffnete Aufständische in den westlichen Iran ein. Leukefeld: "Der Iran tötete die meisten von ihnen, wurde aber von den Aufständischen, die sich landesweit unter Demonstranten mischten und rohe Gewalt einsetzten, überwältigt. Auf wackeligen Videobildern war das zerstörerische Vorgehen festgehalten: Geschäfte, Autos, Feuerwagen und Moscheen gingen in Flammen auf. Aus den hinteren Reihen oder von seitwärts der Demonstrationen wurde auf die iranischen Sicherheits- und Polizeikräfte geschossen. Die schossen ihrerseits zurück und trafen nur selten die eigentlichen Schützen, sondern einfache Demonstranten."

Der Iran stellte das Internet ab, um Kontakte mit dem Ausland zu unterbinden. Zudem blockierte Iran erfolgreich die illegal ins Land gebrachten Starlink-Verbindungen. "Damit war die Verbindung zwischen den gewalttätigen Gruppen und ihren Anstiftern im Ausland unterbrochen. Die Demonstrationen ebften auch wegen der enormen Gewalt und Zerstörung und wegen der vielen Todesopfer ab." Laut einer Erklärung des Iran seien Empfänger von Anrufern aus dem Ausland aufgefordert worden, sie sollten das Feuer eröffnen, solange sie unter den Demonstranten seien. "Wenn Ihr auf die Polizei schießen könnt, tut das. Wenn das nicht geht, schießt auf irgendjemanden. Und wenn das nicht geht, schießt auf das Mädchen oder den Jungen, der direkt vor Dir ist."

Die in Teheran angerichteten Schäden belaufen sich laut dem Bürgermeister auf eine Summe von mehr als 20 Mio. US-Dollar, Schäden die näher aufgeschlüsselt werden. Die iranische Regierung machte Washington und Tel Aviv für die Verwüstungen verantwortlich. Sie hätten den öffentlichen Ärger über die schlechte wirtschaftliche Lage im Iran seit dem 12-Tage-Krieg Israels und der USA gegen Iran instrumentalisiert. Der iranische Botschafter reichte beim UN-Generalsekretär eine offizielle Beschwerde ein. Dabei bezog er sich auf Aussagen von US-Präsident Donald Trump, mit denen dieser offen zur Gewalt im Iran aufgerufen und mit einer militärischen Intervention gedroht habe: "Iranische Patrioten, protestiert weiter, übernehmt Eure Institutionen! Hilfe ist auf dem Weg" habe Trump erklärt und damit ausdrücklich die Menschen aufgefordert, die Lage politisch zu destabilisieren, anzuheizen und zu Gewalt aufgerufen.

Der Nahostexperte Michael Lüders versucht mit analytischem Blick zu erfassen, [wie sich die innen- und machtpolitische Situation im Iran darstellt](#) (Video, 1h04), sowohl aus der Geschichte heraus, als auch aktuell. Er kommt dabei zu ähnlichen Tatbeständen und Einschätzungen wie Leukefeld. Dabei kritisiert er nicht nur das Messen mit zweierlei Maß im Westen, sondern auch die Realitätsferne der deutschen Politik.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Michael Lüders](#), Jg. 1959, beschäftigt sich seit seiner Ausbildung mit der arabischen Welt, mit dem Nahen Osten und Zentralasien. Er hat dazu in verschiedenen Medien analysiert, berichtet und kommentiert sowie Expertisen für GIZ, BMZ und Auswärtiges Amt abgegeben. Er ist Präsident der 'Deutsch-Arabischen Gesellschaft' in Nachfolge von Peter Scholl-Latour sowie Roman- und Sachbuchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Thomas Röper: Die ach so friedlichen Proteste im Iran**

Auch wenn die Regierung in Teheran von den Iranern nicht sonderlich hoch eingeschätzt wird, so mögen sie die USA und den Staat Israel (nicht die Juden an sich) noch weniger. Das hat laut Thomas Röper der 12-Tage-Krieg in 2025 gezeigt, der von Israel und den USA gegen den Iran geführt wurde. Laut Röper haben die Iraner auch den Putsch gegen die von ihnen gewählte Regierung nicht vergessen, der ihnen den Schah vor die Nase setzte. [Zu den aktuellen Unruhen berichtet Röper](#), dass Städte brannten, Demonstranten und zufällige Passanten durch Terroristen beschossen, mit Messern angegriffen und mit Sprengkörpern beworfen wurden, um Chaos zu stiften, die Proteste zu eskalieren und zu behaupten, all das sei Polizeigewalt gewesen. Laut Reuters seien mindestens 5'000 Menschen getötet worden, darunter 500 Polizisten.

Im Verlauf der Proteste habe die iranische Regierung das Internet abgeschaltet, weil "die Terroristen Anweisungen aus dem Ausland" bekämen. Es seien laut 'Jerusalem Post' mindestens 20'000 Starlink-Terminals in den Iran geschmuggelt worden. Dadurch hätten die Organisatoren der Proteste weiterhin agieren und Bilder aus dem Iran bekommen können. [Doch es gelang dem Iran, auch diese Starlink-Terminals zu blockieren](#). Dazu wurden Störsender in Militärqualität eingesetzt, die laut US-Experten nur aus Russland oder China kommen konnten. Die Stationen für elektronische Kampfführung Murmansk-BN und Krasukha-4, die Signale in Entfernungen von bis zu 5'000 Kilometern stören können, haben ihre Wirksamkeit bereits in Syrien und der Ukraine unter Beweis gestellt. Nach ihrem erfolgreichen Einsatz im Iran haben die iranischen Behörden staatliche Telegram-Kanäle, staatliche Medien und einige Universitätsnetzwerke schrittweise wieder ins Internet zurückkehren lassen. Bankensysteme, Taxi-Apps und Online-Shops konnten die Arbeit wieder aufnehmen. Das Leben normalisierte sich, aber unter Kontrolle.

*[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite [www.anti-spiegel.ru](http://www.anti-spiegel.ru), wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Multipolar: Wirtschaftsexperten sehen in Aufrüstung keinen Wachstumsmotor**

Hochrangige Wirtschaftsexperten schätzen die ökonomischen Effekte der militärischen Aufrüstung weiterhin als gering ein. Die Europäische Zentralbank (EZB) erklärte laut Berliner Zeitung (16.12.2025), das erwartete zusätzliche Wachstum durch höhere Verteidigungsausgaben belaufe sich auf lediglich rund 0,3% des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2027. Die Effekte eines "Militärkeynesianismus" blieben aus. Es bestehe "erhebliche Unsicherheit" darüber, "wie stark sich höhere Verteidigungs- und Infrastrukturausgaben auf Produktion und Inflation auswirken", schrieb EZB-Präsidentin Christine Lagarde. Bereits in den vergangenen Monaten hatten europäische Wirtschaftswissenschaftler öffentlich [vor Aufrüstung als ökonomischem "Irrweg" gewarnt](#). Der Europaabgeordnete Fabio de Masi betonte, dass viele europäische Rüstungsausgaben bei US-Rüstungskonzernen landen. Für den Wirtschaftswissenschaftler Heiner Flassbeck ist die Rüstungsproduktion "mit Abstand die sinnloseste Form der Produktion, weil dabei wertvolle Ressourcen (einschließlich der menschlichen) vernichtet werden".

*Das Magazin '[Multipolar](#)' legt Wert auf multiperspektivischen Journalismus, gründliche Analysen und pointierte Kommentare zu Politik und Gesellschaft. Das leserfinanzierte Magazin wurde 2020 von den Journalisten Stefan Korinth, Paul Schreyer und Ulrich Teusch gegründet. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑



- zgif.ch: **Vernunft, Kooperation und gleiches Recht für alle Nationen entscheiden über die Zukunft Europas**

Peter Brandt, Hajo Funke, Johannes Klotz, Harald Kujat, Michael von der Schulenburg und Horst Teltschik machen einen Vorschlag "für eine tragfähige Grundlage zur Aufnahme von Friedensverhandlungen" mit dem Ziel, "die [Voraussetzungen für eine gerechte und dauerhafte gesamteuropäische Sicherheits- und Friedensordnung](#)" zu erreichen. In ihrem Lösungsansatz zählen die Herren konkrete Punkte auf, die ihrer Einschätzung zu verschiedenen Themen nach zu erfüllen sind. Die Themen sind: die Territorialfrage, die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, die Sicherheitsgarantien für die Ukraine und die Präsenzstärke der ukrainischen Streitkräfte. Mit Beginn eines umfassenden Waffenstillstands dürfen keine Waffen mehr in die Ukraine geliefert werden. Nach Abschluss eines Friedensvertrags sollen alle Angehörigen ausländischer Streitkräfte vom ukrainischen Territorium abgezogen und Wahlen durchgeführt werden, jeweils innerhalb bestimmter Fristen. Zur Stärkung der regionalen Sicherheit sollen erste Schritte einer Demilitarisierung und Begrenzung der Waffensysteme in Europa gegangen werden. "Langfristig kann nur eine gesamteuropäische Sicherheits- und Friedensordnung die Sicherheit und Freiheit der Ukraine gewährleisten, in der die Ukraine und Russland ihren Platz haben; eine europäische Sicherheitsarchitektur, in der die geostrategische Lage der Ukraine keine Schlüsselrolle mehr für die geopolitische Rivalität der Vereinigten Staaten und Russlands spielt."

[Zeitgeschehen im Fokus](#) (zgif.ch) plädiert für die Rechtsstaatlichkeit und die direkte Demokratie der Schweiz, die Gleichwertigkeit der Menschen und die Unbedingtheit einer friedlichen Konfliktlösung, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte definiert werden. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Buchempfehlung: **Endlich Frieden - 100 Persönlichkeiten zeigen Zivilcourage**

In ihrem [Buch "Endlich Frieden - 100 Persönlichkeiten zeigen Zivilcourage"](#) beziehen in der Öffentlichkeit bekannte Menschen mutig und engagiert Stellung im Namen des Friedens. Laut dem Verlag 'Macht steuert Wissen' geben deren Beiträge "wunderbare und konkrete Impulse, selbst die Friedenskraft in sich zu mobilisieren. Schließlich ist es höchste Zeit für eine Revolution im Denken. Nur so kann wirklich innerer Frieden entstehen, der dann auch den äußeren Frieden ermöglicht. Dieses besondere Friedensbuch gehört damit nicht nur in jedes Bücherregal, sondern es wird Zeitgeschichte geschrieben. Werde jetzt auch Teil der Leserschaft und ein mutiger Friedensstifter, denn ohne Frieden ist alles Nichts!" Für die Autoren ist Frieden "kein Geschenk, das uns für immer bleibt. Es ist ein Auftrag, der uns täglich neu übergeben wird. Ein zerbrechliches Kind, das wir in unseren Armen halten. Ein Samen, der nur wächst, wenn wir ihn gemeinsam behüten, nähren, beschützen."

[Inhalt](#) ↑